

Protokoll:**AG-Leitlinien-Sitzung Nr. 8 zum Thema Beratungsgremium für Bürgerbeteiligung**

Datum, Zeit: 17.10.2017 18.00 - 19.20 Uhr

Ort: Rathaus Barmen, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Raum A-260

TeilnehmerInnen: Dr. Peter Vaupel (Stadtverband der Bürgervereine), Kurt Florian (Stadtverband der Bürgervereine), Arnd Krüger (Kreishandwerkerschaft), Marc Schulz (Grüne), Ann-Cathrin Reinbothe (Utopiastadt), Beate Petersen (Landschaftsbeirat), Georgios Paridis (Integrationsrat), Dieter Hofmann (IHK), Sabrina Schramm (GB 4, Stadt Wuppertal), Birgit König (GB 2.2, Stadt Wuppertal), Renate Warnecke (SPD), Karin van der Most (FDP), Patric Mertins (CDU), Olaf Radtke (Rechtsamt, Stadt Wuppertal), Thomas Kring (SPD), Mark Esteban Palomo (SPD), Iris Colsman (AGFW), Jörg Werbeck (Grüne), Gerd-Peter Zielezinski (Die Linke), Roswitha Bocklage (Gleichstellungsstelle, Stadt Wuppertal), Andreas Mucke (Oberbürgermeister, Stadt Wuppertal)

ZuhörerInnen: 19

Moderation: Ludwig Weitz (ViSION)

Protokoll: Cornelia Bauer (Stabsstelle Bürgerbeteiligung, Stadt Wuppertal), Niklas Haffert (Stabsstelle Bürgerbeteiligung, Stadt Wuppertal), Julia Kohake (Stabsstelle Bürgerbeteiligung, Stadt Wuppertal)

TOP 1 BEGRÜSSUNG

Oberbürgermeister Andreas Mücke begrüßt die Mitglieder der Arbeitsgruppe (AG), die Stellvertreter sowie weitere Gäste. Zu Beginn der außerordentlichen AG-Sitzung blickt er zurück auf den bisherigen Prozess. Nach der Übergabe der Leitlinien an den Rat im Mai 2017 hat die AG mit einer Verabschiedung der Leitlinien im Juli 2017 durch den Rat gerechnet. Auf Grund eines Vertagungswunsches hat die Verabschiedung der Leitlinien durch den Rat jedoch bis heute noch nicht stattgefunden. Da die AG ein Vorschlagsrecht hat, wünscht sich Herr Mücke ein Votum durch die Gruppe, um damit im Rat arbeiten zu können.

Auch Ludwig Weitz (ViSION) heißt alle Anwesenden willkommen, führt kurz in die Sitzung ein und stellt die Tagesordnung sowie den zeitlichen Rahmen vor. Er verweist auf die Bürgerwerkstatt vom 29. März 2017 als Basis der Leitlinien für Bürgerbeteiligung, den weiteren Verlauf des Prozesses und auf den Zweck dieses Treffens: die klare Positionierung der TeilnehmerInnen zur mittelfristigen Ausgestaltung eines Beteiligungsgremiums in Wuppertal. Zur Debatte steht die Formierung eines Ausschusses oder eines Beirats für Bürgerbeteiligung. Der bisherige Vorschlag der Arbeitsgruppe sieht einen Beirat mit 25 Mitgliedern vor (5 aus Politik, fünf aus Verwaltung, 10 aus Bürger-Institutionen und fünf frei zu besetzende Plätze für interessierte BürgerInnen. Diese Ausgestaltung soll bis zum Ende der aktuell laufenden Wahlperiode Bestand haben und darüber hinaus erneut justiert werden.

Herr Weitz stellt dieses erneute Treffen als positiv heraus, da es zeigt, wie man sich sachlich und demokratisch mit zur Diskussion stehenden Meinungsverschiedenheiten auseinandersetzen kann und betont, dass dies eine gute demokratische Kultur widerspiegelt. Herr Weitz stellt kurz dar, dass in anderen Städten und Kommunen die Beratungsgremien für Bürgerbeteiligung unterschiedlich aufgestellt sind (vgl. Dokument im Anhang).

TOP 2 RÜCKMELDUNG AUS DEN FRAKTIONEN

Renate Warnecke (SPD) macht darauf aufmerksam, dass ein Ausschuss mehr Rechte für die Bürger bereithielte, da ein Ausschuss Vorschläge und Anregungen direkt an den Rat übergeben könne, während ein Beirat an einem anderen Ausschuss angedockt sein müsse (z.B. Hauptausschuss).

Gerd-Peter Zielezinski (Die Linke) kritisiert den späten Einspruch an den Plänen der Arbeitsgruppe. Er beanstandet dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass das Rechtsamt die Arbeitsgruppe begleitet habe. Die Vorgehensweise sei wenig wertschätzend gewesen. Er macht zudem deutlich, dass ein Beirat auch einen guten Standpunkt habe, wenn der Rat den Beirat ernst nehme.

Karin van der Most (FDP) resümiert, dass in den bisherigen Sitzungen ausführlich über die Unterschiede zwischen einem Beirat und einem Ausschuss diskutiert wurde und sich daraufhin bewusst für einen Beirat entschieden wurde. Der Ausschuss würde die Mehrheiten im Rat abbilden, während ein Beirat für die Bürger mehr Beteiligungsrechte bieten würde. Die FDP befürworte einen Beirat.

Olaf Radtke (Rechtsamt, Stadt Wuppertal) erklärt, dass die Leitlinien für Bürgerbeteiligung sehr „weich“ und daher leicht einzuhalten seien würde. Als wichtig erachtet er jedoch den dazugehörigen Beschluss des Rates. Dieser hat die Befugnis, sich um die nähere Ausgestaltung des Gremiums zu kümmern. Der Rat sei somit für das weitere Vorgehen federführend.

Patric Mertins (CDU) weist darauf hin, dass Verzögerungen von Ratsbeschlüssen oft vorkommen würden und daher nicht als respektlos einzustufen seien. Auch kontroverse Diskussionen in den Fraktionen sind üblich und wichtig. Nach Abwägung haben für ihn beide Formen Vor- und Nachteile. Letztendlich muss allen bewusst sein, dass dem Rat die letzte Entscheidungsgewalt obliegt.

Marc Schulz (Grünen) erklärt, dass seine Fraktion nach Gesprächen mit Dr. Marcel Solar (Stabsstelle Bürgerbeteiligung) beschlossen hat, den Leitlinien und einem Beirat zuzustimmen. Den Grünen sei es wichtig, die Anregungen der Bürgerschaft ernst zu nehmen und sich dem heutigen Votum anzuschließen. Das Thema des Beirates sei drei Mal in den verschiedenen AG-Sitzungen besprochen worden. Ein möglicher Diskussionsbedarf der Fraktionen SPD und CDU zu dieser Thematik sei in den AG-Sitzungen jedoch nicht deutlich geworden.

Mark Esteban Palomo (SPD) wiederholt, dass er den Beschluss der Gruppe für einen Beirat mitgetragen habe und dazu auch stehen werde. Auch er betont, dass ihm wichtig sei, das Gremium ernst zu nehmen.

TOP 3 DISKUSSION

Ludwig Weitz (ViS!ON) betont, dass das Vorgehen, die Differenzen in die AG zu tragen, genau richtig sei. Er erinnert daran, dass das Votum für einen Beirat auch aufgrund der guten Arbeitsatmosphäre in der AG zustande kam.

Iris Colsman (AGFW) erinnert daran, dass die AG stets in dem Selbstverständnis gearbeitet habe, dass sie durch den Rat beauftragt sei. Dabei sei stets das konsensuale Prinzip sehr wichtig gewesen. Ein Ausschuss würde für sie dieses Prinzip nicht repräsentieren. Ziel sei es vor allem gewesen, Bürger zu erreichen, die sich sonst nicht beteiligen würden, dies könne durch einen Beirat besser gelingen.

Auch Ann-Cathrin Reinbothe (Utopiastadt) betont, dass die Idee gewesen sei, diejenigen Bürger zu beteiligen, die man sonst nicht erreiche. Sie glaubt, dass ein Beirat dafür ein besseres Instrument darstelle, da dort mehr Bürger vertreten sind.

Beate Petersen (Landschaftsbeirat) hob hervor, dass die Beratungsfunktion und die Kommunikation am wichtigsten seien. Sie führte das Bürgerbudget an, bei welchem die Verwaltung gute Hinweise aus der Bürgerbegleitgruppe erhalten habe.

Renate Warnecke (SPD) weist darauf hin, dass dieser Termin von der SPD gewünscht wurde, damit über das Gremium diskutiert werden könne. Ein Ausschuss würde ihrer Meinung nach die Bürgerbeteiligung aufwerten, sei rechtlich sicherer und gebe den Bürgern somit mehr Spielraum. Mit einem Beirat wäre es ebenfalls schwierig schwer erreichbare Zielgruppen einzubinden. Auf die Frage von Karin van der Most (FDP), wie ein solcher Ausschuss aussehen solle, erklärt Renate Warnecke (SPD), dass auch die Beteiligten aus den Initiativen stimmberechtigt sein sollten.

Roswitha Bocklage (Gleichstellungsstelle, Stadt Wuppertal) merkt an, dass in einem Beirat nicht das Mehrheits- sondern das Konsensprinzip gelten würde. Deshalb sei ein Beirat richtig, weil dieser einen anderen Weg der Kommunikation gehe und die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen würden, sei das wichtigste.

Arnd Krüger (Kreishandwerkerschaft) hebt hervor, dass der Beirat als eigenständige Gruppe wahrgenommen werden würde. Dabei würde ein Beirat themenorientiert arbeiten, sodass auch andere Themen, die nicht politisiert seien, zur Sprache kommen.

Ann-Cathrin Reinbothe (Utopiastadt) verweist auf die konsensuale Arbeit der Gruppe und wünscht sich eine konsensuale Einigung.

Olaf Radtke (Rechtsamt, Stadt Wuppertal) erklärt nach §58 der GO NRW, dass ein Ausschuss grundsätzlich aus Ratsmitgliedern, spiegelbildlich nach der Stärke im Rat, besteht. Zusätzlich können sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner mit einbezogen werden. Die Gruppe der Ratsmitglieder muss aber immer höher sein. Sachkundige Interessierte haben das Recht den Sitzungen des Ausschusses zu folgen, sie haben aber kein Stimmrecht. In einem Ausschuss gilt die Geschäftsordnung des Rates, das heißt, dass dieser festen Abläufen unterliegt. Ein Beirat dagegen kann ein Experimentalfeld sein. Dieser kann dem Hauptausschuss beigeordnet werden, der das zweithöchste Gremium nach dem Rat ist. Ein Sprecher des Beirates kann dem Hauptausschuss Ideen vortragen.

Dieter Hofmann (IHK) erinnert an Willy Brandts Zitat „Mehr Demokratie wagen“ von 1962, welcher in dieser Situation für ihn sehr passend erscheint. Der Ausspruch steht für mehr Offenheit und Bereitschaft auf solche zuzugehen, die sich nicht repräsentiert fühlen durch bisherige Politik. Ein Schritt in diese Richtung sei in Zeiten aufsteigenden Populismus und der aktuellen politischen Entwicklung wichtig. Man solle ausgetretene Pfade verlassen und glaubwürdige Angebote für Bürger schaffen.

Thomas Kring (SPD) betont, dass in der SPD eine rege Diskussion über das Für und Wider beider Organisationsformen geführt wurde. Das Ziel müsse stets ein höchstes Maß an Beteiligung und Themensetzung sein. Der Beirat hätte für ihn den Nachteil, dass er die Verwaltung weniger gut kontrollieren kann und unverbindlich bleibt. Er wäre eher beratend tätig. Im Ausschuss hingegen könne die Verwaltung besser kontrolliert werden. Da der Hauptausschuss nicht sehr tiefenorientiert ist, würde die Zuordnung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung an den Hauptausschuss seinen Zielen nicht gerecht werden.

Roswitha Bocklage (Gleichstellungsstelle, Stadt Wuppertal) fordert Austausch auf Augenhöhe im Gremium für Bürgerbeteiligung und befürchtet, dass in einem Ausschuss die Ratsmitglieder Entscheidungen fällen würden, wodurch kein gleichwertiger Diskurs zustande kommen würde.

Ludwig Weitz (ViSION) erinnert noch einmal daran, dass das Gremium der Bürgerbeteiligung den Zweck verfolgen solle, Prozesse anzuregen und zu begleiten.

Arnd Krüger (Kreishandwerkerschaft) plädiert für den Beirat, er möchte komplexen Politikersprech vermeiden.

Ann-Cathrin Reinbothe (Utopiastadt) merkt an, dass bei jedem Projekt der Stadt, welches Bürgerbeteiligung bedarf, immer die Fachausschüsse primär zuständig wären.

Gerd-Peter Zielezinski (Die Linke) ist es wichtig, dass das Beteiligungsgremium mehrheitlich durch Bürgerinnen und Bürgern besetzt wird. Damit spiegelt ein Votum des Gremiums ein Votum ab, das überwiegend aus der Bürgerschaft kommt.

Marc Schulz (Grüne) erklärt, dass ein Beirat ein gutes Anfangskonzept darstelle und weist darauf hin, dass nach der ersten Wahlperiode die Arbeit evaluiert und der Beirat, falls nötig, wieder aufgehoben werden könnte.

Thomas Kring (SPD) merkt an, dass ein Gremium als Ort der Fortentwicklung erfolgreicher Instrumentarien der Bürgerbeteiligung in Wuppertal hilfreich sei und auch eine ergänzende Variante aus Beirat und Ausschuss möglich sei.

TOP 4 VOTUM DER ARBEITSGRUPPE

Herr Weitz leitet die Abstimmung ein, bei der die Anwesenden nach Abwägung der vorgetragenen Argumente sich für einen Beirat oder für einen Ausschuss für Bürgerbeteiligung entscheiden sollen. Die Abstimmung ergab folgende Stimmenzahl (Ja-Stimmen):

Beirat: 19 Ausschuss: 2 Enthaltungen: 0

Oberbürgermeister Andreas Mücke dankt allen Beteiligten für den konstruktiven Diskurs und für das Engagement des letzten Jahres. Er kündigt an, die Empfehlung der Gruppe dem Rat vorzuschlagen.

TOP 5 ANREGUNGEN DER ZUHÖRER

Tobias Freitag hat den Eindruck, dass ein Beirat weniger Einfluss hat. Er sieht dies aber nicht direkt als Nachteil, da ein Beirat nicht so sehr in der juristischen Logik steckt, wie ein Ausschuss. Wenn er funktioniert, ist ein Beirat für ihn ein authentischeres Gremium.

Thomas Schürmann beschreibt, dass es für Bürger*innen oft schwierig sei, Dinge nicht persönlich zu nehmen. Man sei immer Letztbetroffener einer Entscheidung und nehme Dinge emotionaler wahr, als Politiker. Er betont, dass eine Diskussion auf Augenhöhe wichtig sei.

Zuletzt dankt Ludwig Weitz für die lebhafte Diskussion der Arbeitsgemeinschaft Leitlinien. Er verweist auf die voraussichtliche Entscheidung des Rates zum Thema Leitlinien für Bürgerbeteiligung am 13. November.